

chen, auf die insbesondere Genosse Krenz in seiner Rede eingegangen ist.

Die örtlichen Volksvertretungen sowie die ihnen verantwortlichen örtlichen staatlichen Organe wurden bei uns in der Praxis schlecht und ungerecht und ungesetzlich behandelt. Sie konnten und durften zwar viel reden, aber so gut wie gar nicht handeln und im Interesse ihrer Bürger entscheiden. Darum hatten wir in der vergangenen Zeit ja auch in immer stärkerem Maße Schwierigkeiten, Bürger zu gewinnen, die bereit waren, für die örtlichen Volksvertretungen zu kandidieren. Sie fragten sich, warum sollen wir unseren guten Namen hergeben, ohne Mitverantwortung tragen und Entscheidungen treffen zu können. Ich begrüße, daß jetzt vorgesehen ist und festgelegt wird, daß sich dies grundsätzlich ändern soll.

Die Gemeinden und die Kreise brauchen viel mehr Eigenständigkeit. Schließlich wissen die örtlichen Volksvertretungen doch am besten, wo ihre Einwohner der Schuh drückt und was verändert und besser gemacht werden muß. Ich habe selbst als Volkskammerabgeordneter zu spüren bekommen, wie demütigend einzelne Bürger und man auch persönlich als Abgeordneter von der übergeordneten staatlichen Bürokratie behandelt wird. Das muß unbedingt geändert werden.

Noch etwas Wichtiges ist zu diesem Problem zu sagen: Den örtlichen Volksvertretungen und örtlichen staatlichen Organen müssen unbedingt eigene finanzielle Quellen bzw. Mittel zur Verfügung stehen bzw. geschaffen werden. Außerdem benötigen sie eigene Kapazitäten (Bau, Transport, Material, Arbeitskräfte usw.), über die und deren Einsatz sie selbständig verfügen können. Wenn sie derartiges nicht in einem bestimmten Umfang haben, bleiben ihre Beratungen oft nur leeres Gerede und die Beschlüsse Makulatur. Auch zu den Fragen der Ökologie müssen den örtlichen Volksvertretungen viele Rechte eingeräumt werden, die sie bisher nicht hatten.

3. In dem vorliegenden Aktionsprogramm ist ein wichtiges Problem, das zweifellos weltweit an Bedeutung gewinnt, ausgeklammert, und das ist nicht gut und wird gerade außerhalb unseres Landes wohl kaum verstanden. Ich bedaure dies und bin der Auffassung, daß das geändert werden muß, daß in dem Aktionsprogramm die Probleme der Lebensweise der Bürger, ihrer Freizeitgestaltung, ihrer sportlichen Betätigung und ihres Urlaubs unbedingt Berücksichtigung finden müssen.

Natürlich kann man in einem so gestrafften Material nicht jede einzelne Frage behandeln. Hier handelt es sich aber nicht schlechthin um eine solche einzelne Frage, sondern um ein gesellschaftliches Phänomen, das in den letzten Jahren rasant an Gewicht zugenommen hat und die Regierun-